

13 Militärische Vorbereitungen gegen Taiwan?

Seit der Wahl Chen Shuibians zum Präsidenten Taiwans am 18. März 2000 scheint die VBA verstärkt Vorbereitungen für militärische Aktionen gegen die Insel zu treffen: Zumindest möchte sie den Anschein dafür erwecken. Deutlich zeigt sich hier ein Interessenkonflikt zwischen der Regierung um Ministerpräsident Zhu Rongji, die an Friede und Stabilität interessiert ist, und dem Militärausschuss des ZK, der spätestens Mitte April Befehle ausgegeben hat, bestimmte Militärbasen an der südostchinesischen Küste weiter auszubauen und die dortigen Truppen in sechs Bereichen zu mobilisieren: (1) Kampfvorbereitung der drei Waffengattungen Heer, Marine und Luftwaffe, (2) Stärkung der drei Dienste vor allem in den Militärregionen von Nanjing und Guangzhou, (3) Durchführung realitätsnaher Übungen, (4) politische und ideologische Arbeit in den Reihen der Offiziere und Soldaten, (5) Intensivierung der Forschung im Bereich strategischer Waffen und (6) Verbesserung der Logistik im Hinblick auf den Ernstfall (*Tai Yang Pao*, Hongkong, in SWB, 26.4.00).

In der Militärprovinz Fujian sollen die Marine- und die Luftabwehrkräfte, aber auch die Milizeinheiten, gestärkt werden (*Ming Pao*, Hongkong, in SWB, 18.4.00). Die Ostchinaflotte wurde angewiesen, „moderne“ Kampfmethoden zu üben. Den Zerstörern und Fregatten der Donghai-Flotte möge bei den Manövern besonderer Platz eingeräumt werden (*Jiefang Junbao*, in SWB, 18.4.00). Geübt werden müssten nicht zuletzt Landeübungen (ebd.). Der Donghai-Bereich solle überdies großzügiger mit Helikoptern ausgestattet werden (XNA, 20.4.00).

-we-

Innenpolitik

14 Jahrestag des 4. Juni 1989: Nervosität in der Führung, Ruhe an der Basis

Pünktlich zum 4. Juni, dem Jahrestag der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung im Jahr 1989, gab die Nachrichtenagentur Xinhua das Ergebnis einer Umfrage „unter Zehntausenden von Studenten an 75 Universitäten in acht Städten und Provinzen“ bekannt. Demnach erwiesen sich die Befragten als „optimistisch und unterstützten die Politik der KP Chinas und der Regierung“. Sie lobten die Regierung, dass sie die Nation durch die Förderung von Wissenschaft und Ausbildung verjünge, den Schmuggel unterbinde, die Deflation bekämpfe und die Beziehungen mit dem USA angemessen handhabe. Themen, die die Studenten mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt hätten, seien die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad, die Nato-Militäraktion im Kosovo, die „Zwei-Staaten-Theorie“ des früheren taiwanischen Präsidenten Li Tenghui, die Unterzeichnung des WTO-Abkommens mit den USA, die Feiern zum 50. Jahrestag der VR China und die „Heimkehr“ Macaus gewesen. Die Bekämpfung der Falungong-Bewegung durch die Zentralregierung halten die Studenten demnach für „absolut notwendig“ und auch für erfolgreich. Zudem seien sie begierig darauf, KP-Mitglied zu werden, sich beruflich zu qualifizieren und Sozialarbeit sowie Teilzeitarbeit zu leisten. (XNA, 4.6.00)

Das rosarote Bild einer akademischen Jugend, die mit der Arbeit der Staats- und Parteiführung rundum zufrieden ist und sich nichts mehr wünscht, als beim Staatsschiff mit auf die Ruderbank gelassen zu werden, mag hinsichtlich mancher patriotischer Momente stimmen, trifft aber generell nicht zu und steht im Gegensatz zu der hochgradigen Nervosität, in die Regierung und Verwaltung im Vorfeld des magischen Erinnerungsdatums auch diesmal wieder verfielen. So soll das

Erziehungsministerium die Universitäten aufgefordert haben, keine Versammlungen von Studenten und Professoren anzusetzen, auch nicht „zum Kampf gegen die taiwanische Unabhängigkeitsbewegung und zur Unterstützung der chinesischen Herrschaft über die Diyutai-Inseln“, da die Gefahr bestehe, dass bei solchen Veranstaltungen andere Slogans aufkämen. Sichtbare Machtdemonstrationen sollten eventuelle Protestierer von vornherein entmutigen bzw. aus dem Weg schaffen. So lief die Polizei im Vorfeld des 4. Juni 500 Wohnsitzlose verhaften; außerdem wurden am 3. Juni in Beijing 22 wegen Mordes, Raubes und anderer Verbrechen Verurteilte exekutiert. (SCMP, 27.5. und 3.6.00)

Am 4. Juni selbst blieb es im Lande dann weitestgehend ruhig. Mehrere Dissidenten wurden unter Hausarrest gestellt; in Beijing wurden neun Personen festgenommen. (RTHK Radio 3, Hongkong, nach SWB, 5.6.00; Information Centre for Human Rights and Democracy, Hongkong, nach SWB, 6.6.00) An der Universität Beijing erschien eine Wandzeitung, die nach einer Neubewertung des 4. Juni verlangte; der Verfasser wurde vorübergehend inhaftiert, jedoch nicht relegiert. (SCMP, 9.6.00)

Auch wenn die Studenten der heutigen Generation nicht mehr das politische Engagement von einst zeigen und sie kaum ein Gedenken an Ereignisse aus einer Zeit pflegen, als die meisten von ihnen noch Kinder waren, entsprechen sie doch nicht dem von Xinhua gezeichneten Idealbild. Für die meisten steht die Karriere obenan. Gleichwohl ist Misstrauen gegenüber dem Staat, seinen Leistungen und seinen Sichtweisen verbreitet. Eine Presereportage vom Campus der Universität Beijing berichtete von differenzierten Einstellungen zum Geschehen vom 4.6.1989, doch scheint unter den Studenten die Ansicht vorzuherrschen, dass die offizielle Version, wonach 1989 eine „konterrevolutionäre“ Bewegung niedergeschlagen wurde, auf Dauer nicht Bestand haben kann. (SCMP, 5.6.00)

Die Nervosität der Führung leitet sich freilich aus anderen Beobachtungen ab. Zum einen zeigten die keine zwei Wochen zurückliegenden Massenproteste an der Universität Beijing, die

sich an der Ermordung einer Kommilitonin entzündeten und die Führung völlig überraschten (vgl. C.a., 2000/5, Ü 10 und Ü 21), dass das Unruhepotenzial an den Hochschulen trotz der unpolitischen Grundhaltung der heutigen Studentenschaft kaum kalkulierbar ist. Vor allem aber sind Unzufriedenheit und Protestbereitschaft in der Bevölkerung generell derart groß, dass die Regierung fürchtet, schon ein einziger Funke - eine Wandzeitung, eine Flugblattaktion, eine Rede zum 4. Juni - könnte einen Flächenbrand auslösen - daher auch das rigorose Vorgehen gegen Falungong und andere Organisationen ohne dezidiert politischen Anspruch. Das Maß an Angst vor jeder denkbaren Öffentlichkeitswirksamkeit von allem, was mit dem 4. Juni 1989 zu tun hat, zeigt sich auch daran, dass drei inhaftierte Dissidenten, deren Entlassung fällig gewesen wäre, länger im Gefängnis behalten wurden um zu verhindern, dass sie zum 4. Juni freikommen. (Information Centre for Human Rights and Democracy, Hongkong, 31.5.00 und 5.6.00, nach SWB, 2.6.00 bzw. 7.6.00)

Während es an den Universitäten ruhig blieb, nahmen Dissidenten und Angehörige von Opfern der politischen Verfolgung das Datum erneut zum Anlass, in Briefen und öffentlichen Stellungnahmen eine Neubewertung der Ereignisse vom 4. Juni 1989 zu fordern. (SCMP, 29.5., 1.6., 2.6.00; RTHK Radio 3, Hongkong, nach SWB, 5.6.00) Laut Erkenntnissen von Amnesty international in London sitzen wegen ihrer Teilnahme an den Protesten vom Mai/Juni 1989 noch 211 Personen ein. Das Hongkonger Informationszentrum für Menschenrechte und Demokratie hält diese Zahl jedoch für viel zu niedrig, da sie nur die namentlich bekannten Personen umfasst, und schätzt, dass landesweit noch immer über 2.000 Aktivisten der damaligen Demokratiebewegung festgehalten werden. (Information Centre for Human Rights and Democracy, Hongkong, 1.6.00, nach SWB, 3.6.00) -hws-

15 Menschenmuggel im Fokus der Weltöffentlichkeit

Die am 19. Juni im britischen Kanalhafen Dover erfolgte Entdeckung

von 58 Chinesen, die beim Versuch der illegalen Einreise in einem Lkw-Kühlcontainer erstickt waren, sorgte auch in China für Erschütterung und lenkte die weltweite Aufmerksamkeit auf das Problem illegaler chinesischer Auswanderer sowie der Schleuserbanden, die den transkontinentalen Menschenmuggel organisieren.

Dieses Problem war bislang vornehmlich mit Bezug auf das Hauptauswanderziel, die USA, wahrgenommen worden. (Vgl. C.a., 2000/1, Ü 2) In der letzten Zeit scheint es sich vor allem Richtung Europa verlagert zu haben, nachdem die Einschleusung in die USA schwieriger geworden ist.

Schon vor dem 19. Juni war in der chinesischen Presse mehrfach von Vorfällen im Zusammenhang mit Menschenmuggel berichtet worden. So meldete Xinhua Ende Mai die Entdeckung von 23 Personen, die auf Fischerbooten versteckt von Shenzhen nach Hongkong gebracht werden sollten. (XNA, 1.6.00) Im vergangenen Jahr sollen von der Grenzpolizei 1.300 Fälle von Menschenmuggel aufgedeckt worden sein. Dabei seien 925 Schleuser festgenommen worden. Die Zahl der in die Fälle verwickelten Migranten wird mit 9.000 angegeben. (XNA, 8.6.00; *Wen Wei Po*, Hongkong, nach SWB, 23.6.00) Nach Erkenntnissen Hongkonger Menschenrechtler wurden 1999 allein am Beijinger Flughafen 3.000 illegale Ausreisewillige aufgegriffen, und die Zahlen hätten sich im laufenden Jahr noch stark erhöht. (Information Centre for Human Rights and Democracy, Hongkong, nach SWB, 22.6.00)

Das Hongkonger Informationszentrum für Menschenrechte und Demokratie bringt die Zunahme illegaler Immigration in erster Linie mit der zunehmenden Korruption bei der Grenzpolizei in Zusammenhang und berichtete, dass ein Beijinger Grenzpolizist am 19. Juni zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde, nachdem er illegale Emigranten hatte passieren lassen und dafür Bestechungsgelder in Empfang genommen hatte. (Ebenda) Die Zunahme der illegalen Auswanderung in die EU-Länder hängt offenbar damit zusammen, dass Visa für bestimmte südosteuropäische Länder wie Moldawien oder Jugoslawien leicht zu bekommen sind. Außerdem

können Chinesen, die ein Guthaben von 4.000 US\$ nachweisen, in mehreren Städten und Provinzen - genannt wurden Shanghai, Hainan und Henan, einen Pass für touristische Auslandsreisen erhalten. Auf diese Weise ist eine legale Ausreise aus China möglich. In Europa sorgen dann Schleuser für den Weitertransport in ein EU-Land (Ebenda; *Zhongguo Tongxun She*, Hongkong, nach SWB, 22.6.00)

Der übliche Weg für illegale Migranten scheint allerdings so auszusehen, dass Schleuser in China für den ganzen Weg bis ins Zielland bezahlt werden. Für die USA als nach wie vor bevorzugtes Ziel sind die Preise, die dem Schleuser zu zahlen sind, nach einem Hongkonger Bericht auf 400.000 bis 500.000 Yuan in die Höhe geschwollen, bei 50.000 Yuan Anzahlung. Für Großbritannien dagegen würden nur 240.000 Yuan bei 20.000 Yuan Anzahlung fällig. (In einem anderen Bericht wurden 100.000 bis 200.000 Yuan als Schleuserlohn genannt.) Der Restbetrag sei im Zielland zu zahlen - dann gewöhnlich von dem Lohn für illegale Arbeit. Dabei würden manche illegale zur Mitgliedschaft in kriminellen Vereinigungen und Frauen auch zur Prostitution gezwungen. (Ming Bao, Hongkong, Internetausgabe, Chinesisch und Englisch, nach SWB, 23.6.00)

Die chinesische Regierung rief nach der Entdeckung der Toten von Dover vor allem nach internationaler Kooperation bei der Bekämpfung des grenzüberschreitenden Menschenmuggels und machte als Faktor für dessen Gelingen die „Gesetzes-schlupflöcher in manchen Ländern“ aus, ohne dies näher zu spezifizieren. (*Zhongguo Xinwen She*, Beijing, nach SWB, 24.6.00) Die Hongkonger Zeitung *Wen Wei Po* (*Wenhui Bao*), die gewöhnlich ausspricht, was in Beijing offiziell nicht zu sagen gewagt wird, verwies bemerkenswerterweise nicht auf die Visumvergabepraxis in südosteuropäischen Ländern als Schmuggel fördernden Faktor, sondern auf die Asylpraxis in Großbritannien. Wer einen Asylantrag stelle, erhalte eine Art Ausweis („street pass“), dazu Warengutscheine im Wert von 35 britischen Pfund pro Woche und könne obendrein kostenlose medizinische Versorgung in Anspruch nehmen. „Gewisse Länder“, die „so ge-

nanntes politisches Asyl“ gewährten und Flüchtlingsvisa ausstellten, lockten illegale Immigranten geradezu an, und die Schleuser machten sich dertart „laxe Gesetze“ zu Nutze. (*Wen Wei Po*, Hongkong, nach SWB, 26.6.00)

Hinsichtlich der Motive und der geographischen sowie sozialen Herkunft der illegalen Migranten liegen keine Studien vor. Dem Informationszentrum für Menschenrechte und Demokratie zufolge spielt jedoch der stark gewachsene Wohlstand eine Rolle: Chinas zahlreiche neue Millionäre würden sich sicherer fühlen in Ländern, in denen das Gesetz und nicht einzelne Personen das Sagen haben. Diese Argumentation vermag nur begrenzt zu überzeugen, da den gültigen Pass- und Ausreisebestimmungen nach sich Wohlhabende am ehesten die Möglichkeit mindestens zu legaler Ausreise verschaffen können. Eher dürften solche Personen zu Opfern von Schleuserbanden werden, die selbst ökonomisch nicht besonders erfolgreich waren und auch keine Verwandte im Ausland haben, jedoch in Gegenden leben, in denen andere durch Überweisungen von im Ausland lebenden Verwandten sich einen großzügigen Lebensstil leisten können und diesen auch zur Schau stellen. Darauf deutet jedenfalls eine plausible Reportage der Hongkonger Zeitschrift *Ming Pao* hin. (Internetausgabe, chinesisch, nach SWB, 23.6.00) Demnach kommen die illegalen Immigranten - wie es auch andere Nachrichten nahe legen - vor allem aus den südostchinesischen Küstenprovinzen wie Zhejiang, Fujian und Guangdong. Das Problem erscheint demnach als eine „Verlängerung“ des innerchinesischen Menschenschmuggels, der vor allem für die „Vermittlung“ von Frauen und Kindern aus den armen Binnenprovinzen in die wohlhabenden Küstenstädte sorgt.

Auch wenn die chinesische Regierung zur Bekämpfung der Schleuserbanden zu Recht nach internationaler Kooperation ruft, ist doch nicht zu übersehen, dass das eigentliche Problem im Lande selbst liegt. Zum einen erleichtert die allgemeine Korruption die Tätigkeit der Schleuser wesentlich. Zum zweiten ist das Thema in der chinesischen Presse bislang weitgehend tabuisiert worden. Beijing habe sich bislang weitgehend auf administrati-

ve Maßnahmen verlegt und versäumt, die Menschen durch die Medien darüber aufzuklären, welche Risiken sie mit einer illegalen Auswanderung eingehen, monierte die Hongkonger *Ming Pao*. (Internetausgabe, englisch, nach SWB, 21.6.00)

Für China selbst wird das Problem der illegalen Migranten an unmittelbarer Virulenz verlieren, wenn die für Shanghai und Jiangsu am 1. Juni in Kraft getretenen liberalen Passvergaberegungen in Zukunft in mehr und mehr Provinzen angewendet werden. Eine erleichterte legale Ausreise könnte die Probleme in den Zielstaaten des Exodus jedoch entsprechend verschärfen (Vgl. C.a., 2000/5, Ü 8) -hws-

16 Regierung legt Weißbuch zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität vor

Zum ersten Mal hat die chinesische Regierung einen als „Weißbuch“ bezeichneten, in erster Linie für die internationale Öffentlichkeit bestimmten Bericht über alle Maßnahmen vorgelegt, die - teils seit über zehn Jahren - zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität auf den verschiedenen Ebenen der staatlichen Verwaltung unternommen wurden. Der Bericht trägt den englischen Titel „White Paper on Narcotics Control“; das Herausgabedatum war der diesjährige Internationale Antidrogentag, der 26. Juni. (XNA, 27.6.00)

Im Vorwort gibt das Weißbuch einen Einblick in das Ausmaß des Rauschgiftproblems in China. Demnach begann die „internationale Drogenflut“ ab Ende der 70er Jahre auch nach China zu strömen. Seither steigt die Zahl der Rauschgiftsüchtigen an. Sie lag laut Weißbuch 1991 bei 148.000, 1995 bei 520.000 und 1999 bei 681.000, entsprechend 0,054% der chinesischen Bevölkerung (ohne Hongkong). 1999 wurden 65.000 Fälle von Rauschgiftkriminalität aktenkundig, 2,4% mehr als im Vorjahr. Die Menge der konfiszierten Stoffe stieg gegenüber 1998 um 33,6%. Darunter waren 5.364 Tonnen Heroin, 1.193 Tonnen Opium und 16.059 Tonnen Metamphetamin („Ice“). Am weitesten verbreitet ist Heroin, das von 71,5% der Süchtigen konsumiert wird. 79,2% von ihnen sind unter 35 Jahre alt. 72,4% al-

ler in China festgestellten Aidsinfektionen (bislang 17.316 registrierte Fälle) gehen auf verunreinigte Spritzen von Rauschgiftsüchtigen zurück. Hinsichtlich einer möglichen Dunkelziffer bei den Drogenkonsumenten legt das Weißbuch keine Schätzungen vor. Der Text erweckt vielmehr den Eindruck, praktisch jeder Süchtige sei der Regierung bekannt. Eine Differenzierung hinsichtlich der Konsumenten harter bzw. weicher Drogen wird nicht vorgenommen.

In sieben Kapiteln stellt das Weißbuch sodann die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Drogenkriminalität legislativer und polizeilicher Art, zur Drogenprävention, zur Therapie der Süchtigen sowie zur internationalen Kooperation vor. Als zentrales Organ wurde 1990 die Nationale Drogenkontrollkommission (National Narcotics Control Commission, NNCC) gegründet, an der unter anderem das Ministerium für öffentliche Sicherheit, das Gesundheitsministerium und die Zollverwaltung beteiligt sind. Die Kommission leitet die nationalen Maßnahmen und ist auch für die internationale Kooperation bei der Drogenbekämpfung zuständig. Auf Provinzebene und in den meisten Kreisen und Städten existieren entsprechende Organe. Außerdem haben alle Provinzen, dazu 204 Großstädte und Präfekturen sowie 735 Städte und Landkreise spezielle Polizeieinheiten gebildet. 1998 wurde eine Nationale Drogenkontrollstiftung ins Leben gerufen, die nichtstaatliche Geldmittel sammeln und damit die gesellschaftliche Drogenarbeit fördern soll.

Gesetzgebung: Seit über 20 Jahren wurde das strafgesetzliche Instrumentarium zur Bekämpfung der Herstellung und Weitergabe von Rauschmitteln immer mehr ausgebaut und verfeinert. Auch der Besitz entsprechender Pflanzensamen sowie Herstellung und Verkauf chemischer Ausgangsstoffe zur Produktion chemischer Rauschmittel sind heute verboten bzw., sofern es sich um medizinisch oder anderweitig legal benötigte Stoffe handelt, gesetzlich streng geregelt. Einkünfte aus illegalem Drogenhandel werden konfisziert, auf Herstellung, Schmuggel, Verkauf und Transport „großer Mengen“ von Rauschgift steht die Todesstrafe. 1995 wurden Bestimmungen zur Zwangstherapie von

Süchtigen erlassen. In manchen Provinzen existieren ergänzende Bestimmungen.

Laut Weißbuch ist die Rauschgiftproduktion in China heute weitgehend unterbunden. Seit 1992 haben die NNCC sowie die Forstverwaltungen in bestimmten Waldgebieten Nordwest- und Nordostchinas das Verbot des Anbaus bestimmter Pflanzen unter anderem durch Luftüberwachung kontrolliert. Illegaler Anbau von Rauschgift liefernden Pflanzen komme in China heute praktisch nicht mehr vor. Die meisten in China gehandelten Drogen stammten vielmehr als dem „Goldenen Dreieck“ (Nordbirma, Nordthailand, Laos) und würden über die Yunnaner Grenze sowie über die südostchinesischen Häfen eingeschmuggelt. Allein in Yunnan seien seit 1982 70.000 Fälle von Drogenschmuggel aufgedeckt worden.

Ein eigenes Kapitel behandelt die Kontrollen, die die Herstellung, den Verkauf sowie Ausfuhr und Einfuhr von chemischen Ausgangsstoffen (z.B. Ephedrin) betreffen. Von 1997 bis 1999 seien 548 Fälle des Schwarzhandels mit solchen Stoffen aufgedeckt und über 1.000 Tonnen solcher Stoffe konfisziert worden. China nehme an einem Programm der UNO zur Kontrolle solcher Stoffe im internationalen Handel teil und habe allein 1999 für 3.380 Tonnen an Chemikalien die Exportgenehmigung verweigert.

Mit Ausnahme weniger Fälle von „ungeeigneten“ Personen, kommen alle Süchtigen in den Zwangsentzug. Dafür wurden auf allen Verwaltungsebenen „Rehabilitationszentren“ eingerichtet. Rückfällige werden zur „Umerziehung durch Arbeit“, also in Arbeitslager, eingeliefert. „Ungeeignete“, die vom Zwangsentzug verschont werden, werden der Obhut ihrer Angehörigen und der „Erziehung“ durch die örtlichen Sicherheitsbehörden anvertraut. Wer als ungeeignet gilt, wird nicht erläutert, womöglich ist dabei an Jugendliche unterhalb eines bestimmten Alters, eventuell auch an Kranke oder sonstwie Pflegebedürftige zu denken. Allerdings wird ausdrücklich gesagt, dass sich die Rehabilitationszentren auch um Aids-Erkrankte kümmern. Auf HIV-Infektion untersucht werden die Eingelieferten jedoch offenbar nicht generell, sondern

nur „in manchen Provinzen“. Die Zahl der Entzugszentren beträgt gegenwärtig 746, für rückfällige Drogensüchtige wurden 168 Arbeitslager eingerichtet. 1999 kamen 224.000 Süchtige in den Zwangsentzug und 120.000 wurden zur Umerziehung durch Arbeit geschickt. Demnach würde die Rückfallquote mindestens 53,6% betragen. Das Weißbuch macht hierzu keine gesonderten Angaben, spricht aber allgemein vom „schwierigen Problem der hohen Rückfallquote“. Um Süchtige nach dem Entzug sozial zu stabilisieren, arbeiten die öffentlichen Sicherheitsorgane laut Weißbuch mit Arbeitseinheiten, Familien und gesellschaftlichen Organisationen wie der Jugendliga, den Gewerkschaften, dem Frauenbund, den Unternehmervereinigungen etc. zusammen.

Angestrebt wird, dass sich, von städtischen Unterbezirken ausgehend, Stadtteile und möglichst ganze Städte zu „drogenfreien Gemeinschaften“ erklären. Als modellhaft wird hierin die Industriestadt Baotou (Innere Mongolei) vorgestellt, wo es gegenwärtig 2.169 „Hilfs- und Erziehungsgruppen“ gebe, die sich um 2.000 (ehemals) Süchtige kümmern. Dort seien bereits 1.436 drogenfreie Gemeinschaften entstanden; das Ziel einer drogenfreien Stadt sei zu 90,2% erreicht. 70% der zuvor Süchtigen würden in Baotou nicht mehr rückfällig.

Ein weiterer Abschnitt des Weißbuchs ist dem Thema der Prävention gewidmet. Demnach machen die Medien immer wieder auf die Gefahren des Rauschgiftkonsums aufmerksam. Die örtlichen NNCC-Stellen haben Beratungstelefone eingerichtet. Besonderes Gewicht wird auf eine Antidrogenziehung an Grund- und Sekundarschulen gelegt. Auch die Massenorganisationen (Gewerkschaften, Jugendliga) bis hin zu religiösen Organisationen und Unternehmervereinigungen beteiligten sich an suchtpreventiven Erziehungsmaßnahmen.

Das Schlusskapitel schildert die vielfältigen Formen internationaler Kooperation, an denen China zum Zweck der Bekämpfung von Rauschgiftkriminalität teilnimmt. Unter anderem arbeitet China hier mit der UNO sowie mit den USA zusammen. Eine besondere Rolle kommt der Zusammenarbeit mit Chinas Nachbarstaaten

zu. Insbesondere helfe China seit 1990 Birma und Laos, in den traditionellen Anbaugebieten von Schlafmohn, aus dem Opium gewonnen wird, eine Umstellung auf andere Produkte durchzusetzen.

Fasst man alle geschilderten Maßnahmen zusammen, so erweckt das Weißbuch den Eindruck, dass in China mit der Bekämpfung von Rauschgiftkriminalität und -konsum eigentlich alles zum Besten bestellt ist. Ebenso bemerkenswert wie der Allfrontenkrieg, den das Weißbuch schildert, sind jedoch die Lücken in der Darstellung. So findet sich nicht ein einziger Satz über mögliche soziale Ursachen des Drogenkonsums. Zur Soziologie der Süchtigen gibt es keine weiteren Aussagen, als dass vier Fünftel von ihnen unter 35 Jahre alt sind. Zur regionalen Verteilung der Drogensucht enthält das Weißbuch ebenfalls keine zusammenhängenden Aussagen. Des Weiteren fehlen Angaben zum Rauschgifthandel: Wer sind die Händler, wie funktioniert die Verteilung, welche Rolle spielt die organisierte Kriminalität, welche Rolle spielt die Korruption? Wie hoch sind die Gewinnspannen? Wie groß ist der volkswirtschaftliche Schaden?

Warum entsprechendes Wissen, so weit es denn vorhanden ist, keinen Eingang ins Weißbuch fand, lässt sich schwer beurteilen. Durch den weitgehenden Verzicht auf eine Analyse der Problematik erweckt die Darstellung jedoch unwillkürlich den Eindruck, bei vielen Maßnahmen herrsche leerlaufender Aktionismus. Beispielhaft illustriert dies die Zahl aus Baotou, wonach sich 2.169 „Hilfs- und Erziehungsgruppen“ um die Reintegration von 2.000 Delinquenten kümmern - weniger als einer pro Gruppe.

So gesehen dürfte es wenig überraschen, dass der Antirauschgiftkrieg trotz Beteiligung aller Verwaltungsebenen, aller Massenorganisationen, aller Schulen, spezieller Polizeieinheiten und vieler weiterer spezieller Organe bislang keine durchgreifenden Erfolge verzeichnen kann. Wie das Weißbuch eingesteht, wächst die Zahl der Süchtigen weiterhin, wenn auch offenbar in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre prozentual deutlich weniger als in der ersten Hälfte. Doch nicht einmal die hierzu gemachten Zahlen-

angaben wirken sehr verlässlich, geht das Weißbuch doch ohne weitere Diskussion davon aus, dass es bei der Zahl der Süchtigen keine Dunkelziffer gibt. Gemäß den vorgelegten Angaben ist nur ein halbes Promille der Bevölkerung rauschgiftsüchtig, ein sehr geringer Wert, der keineswegs die Aussage des Weißbuchs rechtfertigt, wonach der Drogenkontrolle eine „lebenswichtige Rolle für Aufstieg und Fall der chinesischen Nation“ zukomme. (Zum Vergleich: In Deutschland machten allein die Konsumenten harter Drogen 1998 0,3% der Bevölkerung aus.)

Was also sucht das Weißbuch zu verbergen? Möglicherweise ist die Zahl der Drogensüchtigen in China deutlich höher als angegeben, China möchte jedoch entsprechende Schätzungen der Dunkelziffer unter Verschluss halten, um nicht den Eindruck zu erwecken, das Problem sei bereits der Kontrolle entglitten. Auch die fehlenden Angaben zum volkswirtschaftlichen Schaden, den die Drogenkriminalität anrichtet, könnte darauf hindeuten, dass die zuständigen Stellen keinen rechten Überblick mehr haben. Die fehlende Analyse der Gründe für den mangelnden Erfolg der zahlreichen Maßnahmen nötigt auf jeden Fall zu der Annahme, dass ein eminenter Widerspruch zwischen Theorie und Praxis besteht. Das Weißbuch nennt als Grund, weswegen Rauschgiftkonsum zu bekämpfen sei, nach der Volksgesundheit an zweiter Stelle sogleich die Förderung der Korruption. Angesichts des grassierenden Bestechungswesens und der gemeinhin beim Rauschgiftschmuggel zu erzielenden Profite wird nicht ausgerechnet die Bekämpfung der Drogenkriminalität von einer Pervertierung durch Schmiergelder ausgenommen bleiben. Korruption dürfte vielmehr ein wichtiger Grund für die fehlende Effektivität der Maßnahmen zur Eindämmung des Rauschgiftschmuggels sein.

Andere Meldungen, die im Juni das Thema Drogenkonsum und Drogenkriminalität betrafen, bestätigen einige der Zweifel, die das Weißbuch weckt, und ergänzen das Bild in anderer Hinsicht. So beträgt die Zahl der Rauschgiftsüchtigen in der Provinz Hainan nicht ein halbes Promille wie im Landesdurchschnitt, sondern 2,5 Promille. (XNA, 6.7.00) Für Beijing wurde eine Zahl von 10.500 „be-

kannten“ Drogenabhängigen genannt - davon mehr als 80% unter 35 Jahre alt -, entsprechend 0,85 Promille der Bevölkerung. (XNA, 26.6.00) Als Nachricht für die internationale Öffentlichkeit meldete Xinhua mehrmals die Konfiszierung von Miniportionen Rauschgift in der Größenordnung von 2,5 bis 78 Gramm, als sei die Meldung größerer Fahndungserfolge, die es daneben auch gab, nicht genug, um alle Zweifel an Chinas - laut Weißbuch - „gnadenloser“ Drogenbekämpfungspolitik zu übertönen. (XNA, 3.6., 15.6. und 27.6.00) In Sichuan wurden vier Männer hingerichtet, weil sie 1.500 kg Metamphetamin und weitere 1.500 kg Metamphetaminflüssigkeit hergestellt hatten - ein Widerspruch zu dem im Weißbuch gezeichneten Bild umfassender Kontrollen hinsichtlich der zur Drogenherstellung benötigten Chemikalien. (XNA, 27.6.00) -hws-

17 Gewalttätige Xinjiang-Separatisten hingerichtet

Am 14. Juni wurden in der Hauptstadt der Autonomen Region Xinjiang, Ürümqi, fünf moslemische (vermutlich uigurische) Separatisten zum Tode verurteilt und öffentlich exekutiert. Im selben Verfahren wurden zwei weitere Personen zu lebenslanglich Zuchthaus und sechs weitere zu Freiheitsstrafen von 17 bis 20 Jahren verurteilt. Alle wurden in unterschiedlichem Maß der illegalen religiösen Propaganda, des Separatismus, des Raubmordes und des illegalen Waffenhandels für schuldig befunden. Der Name des Hauptschuldigen wird mit Xiaokelahat Mahemut oder Xiaokelai-ti Makmuti angegeben. Er soll im Januar gemeinsam mit seinen Partnern einen 23-jährigen Geschäftsmann getötet und ihm unter anderem 240.000 Yuan Bargeld sowie einen VW Santana geraubt haben, um die „separatistischen Aktivitäten“ der Täter zu finanzieren. Als ihnen im Februar die Polizei auf den Fersen war, erschoss der wohl als Mahmut zu transkribierende Hauptschuldige außerdem einen Polizisten. (Xinjiang People's Broadcasting Station, Ürümqi, nach SWB, 16.6.00)

Die Beschuldigten werden zudem mit den Aufsehen erregenden Unruhen in Zusammenhang gebracht, die das Ili-

Gebiet an der Grenze zu Kasachstan Anfang Februar 1997 erschütterten. (Vgl. C.a., 1997/2, Ü 13) Es soll sich bei ihnen um die Drahtzieher handeln. (Ming Pao, Hongkong, Internetausgabe, nach SWB, 20.6.00)

Die Todesurteile beleuchten erneut die problematische Lage im zentralasiatischen Xinjiang, wo polizeiliche und gerichtliche Maßnahmen wie die hier geschilderten sich als nicht geeignet erwiesen haben, die separatistischen Bestrebungen zu beenden. Der Stellvertretende Parteisekretär des Regionalen KP-Komitees, dessen Name mit Aiskait Kenmbay angegeben wird, erklärte zwar, im vergangenen Jahr habe es nach einer Serie von Aktionen gegen die Separatisten keine „großen Probleme“ mehr gegeben, doch Beijings repressive Religionspolitik und die fehlende Dialogbereitschaft der Regierung gegenüber den Minderheiten wird terroristischen Aktivitäten auch weiterhin einen günstigen Nährboden liefern. (*Sing Tao Jih Pao*, Hongkong, nach SWB, 23.6.00) Der Leiter der Ostturkestanischen Union in Europa, der in Deutschland lebende Erkin Alptekin, sieht in Xinjiang sogar eine ethnische „Zeitbombe“ ticken. Vor allem junge Uiguren seien verzweifelt und gewaltbereit. Der Widerstand gegen die schleichende chinesische Überfremdung sei verbreitet, allerdings kaum koordiniert. (SCMP, Internetausgabe, 29.5.00) -hws-

18 Falungong-Verfolgung: neue Massenfestnahmen; Einlieferung in Psychiatrie Einzelfälle?

Die staatliche Verfolgung von Anhängern der Falungong- oder Falun-Dafa-Bewegung wurde auch im Juni fortgesetzt. Sie konzentrierte sich auf die 3. Juniwoche, als in neun Provinzen über 1.200 Mitglieder festgenommen worden sein sollen. Staatliche Stellen nannten als Grund, dass Falungong-Mitglieder Demonstrationen und Massenzusammenkünfte geplant hätten. Die meisten Festnahmen erfolgen offenbar in Parks, in denen sich Anhänger zu gemeinsamen Übungen treffen. In Beijing ist der Tiananmen-Platz praktisch täglich Ort von Festnahmen, bei denen Ausländer oft Augenzeugen werden. Allein am 25. Juni seien

auf der zentralen Freifläche der Hauptstadt 100 Personen von der Polizei abtransportiert worden. Auch das Beschwerdebüro des Nationalen Volkskongresses, an das sich Falungong-Anhänger wenden, hat sich als „beliebter“ Ort für Festnahmen etabliert. (SCMP, Internetausgabe, 27.6. und 29.6.00)

Besonderes Medienecho weckten im Juni zwei dokumentierte Fälle, in denen Falungong-Anhänger in psychiatrische Behandlung gegeben wurden und dort unbekannte Substanzen injiziert bekamen, die bei ihnen bedrohliche Reaktionen auslösten. Einer der so Behandelten, ein 32-jähriger EDV-Ingenieur, wurde nach Angaben seines Vaters am 23. Mai in der Provinz Shandong völlig gesund in ein Hospital gesteckt. Als er nach einer Woche wieder freigelassen wurde, sei er ein körperliches Wrack gewesen und habe unter Halluzinationen gelitten; er starb am 10. Juni an Herzversagen. (SCMP, Internetausgabe, 19.6.00; IHT, 19.6.00) Der zweite nachgewiesene Fall betrifft einen Offizier der Volksbefreiungsarmee, der wegen seiner Weigerung, Falungong aufzugeben, am 29. Mai in das psychiatrische Armeehospital 261 in Beijing verschleppt wurde und dort ebenfalls Injektionen erhielt, die ihn sehr schwächten. Menschenrechtler in Hongkong geben an, dass insgesamt 400 gesunde Falungong-Anhänger in psychiatrische Anstalten eingeliefert, dort festgehalten und mit unbekanntem Substanzen behandelt wurden. (SCMP, Internetausgabe, 29.6.00; Information Centre for Human Rights and Democracy, Hongkong, Chinesisch, nach SWB, 1.7.00) Diese hohe Zahl kann einstweilen nicht verifiziert werden, doch geben schon die zwei nachgewiesenen Fälle Anlass zu der Befürchtung, dass hier ein neues Verfahren zur Ausschaltung missliebiger Personen erprobt wird.

Unterdessen sterben immer mehr Falungong-Anhänger in staatlichem Gewahrsam. Einer der letzten Fälle betraf eine Frau, die in Hungerstreik getreten war und zwangsweise eine Salzlösungsinfusion erhalten hatte. Hongkonger Menschenrechtler beziffern die Zahl der seit Juli 1999 nachweislich in staatlicher Obhut oder durch staatliche Eingriffe ums Leben gekommenen Falungong-

Anhänger mittlerweile auf 22. (Ebenda, nach SWB, 16.6.00; SCMP, Internetausgabe, 19.6.00) -hws-

19 Kommunistische Partei mit neuem Mitgliederrekord

Ende Juni gab die Organisationsabteilung der Kommunistischen Partei Chinas neue Zahlen zur Mitgliederentwicklung bekannt. Demnach erreichte die Zahl der Mitglieder mit 63,5 Mio. Ende 1999 einen neuen Höchstwert nach 61 Mio. Ende 1998. Dies entspricht einem Plus von rund 4%. Der Anteil an der chinesischen Bevölkerung blieb mit 5% in etwa konstant. Mit 6,2% ebenfalls unverändert blieb der Anteil der Angehörigen ethnischer Minderheiten. Der Frauenanteil stieg von 16,9% leicht auf 17%; damit setzte sich eine zwar schwache, doch seit Jahren anhaltende Tendenz fort.

22,5% der Mitglieder sind unter 35 Jahre alt; gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies eine Abnahme um 0,9 Prozentpunkte. Der Anteil der Mitglieder mit „college degree“, also einem Abschluss im tertiären Bildungssektor, stieg dagegen von 18,1 auf 19,2%. Die Zahl der Arbeiter und Bauern nahm von 30,2 Mio. (Ende 1998) auf 30,9 Mio. zwar noch zu, blieb aber hinter der allgemeinen Mitgliederentwicklung zurück, sodass der Arbeiteranteil von 49,5% auf nunmehr 48,7% ebenfalls abnahm. Parteifunktionäre stellten wie im Vorjahr 9,1% der Mitglieder. (XNA, 28.6. und 30.6.00)

Die Mitgliederentwicklung zeichnet weiterhin in mehrfacher Hinsicht die allgemeine demographische Entwicklungen nach und ist insofern wenig bemerkenswert. Dies gilt außer für das Mitgliederwachstum allgemein auch für den steigenden Anteil von Personen mit höherer Schulbildung und für den sinkenden Arbeiteranteil. Auffällig ist nach wie vor der niedrige Frauenanteil. Die geringe Attraktivität der Parteimitgliedschaft für Frauen dürfte damit zusammenhängen, dass sich diese weniger stark karriereorientiert als Männer verhalten. Tatsächlich bietet die Parteimitgliedschaft nach wie vor einen Hauptzugang zu Aufstiegsmöglichkeiten und erleichtert den Zugriff auf materielle Ressourcen. -hws-

20 Massenproteste im Zusammenhang mit Bauprojekten

In mehreren Städten kam es im Juni zu Massenprotesten von Bewohnern, die wegen größerer Bauprojekte ohne ausreichende Kompensation umgesiedelt werden sollten bzw. denen zugesagte Entschädigungen nicht ausbezahlt worden waren.

Am 1. Juli setzten sich 100 Bewohner eines Dorfes außerhalb der ostchinesischen Küstenstadt Wenzhou zur Wehr, als ihre über 200 Jahre alten Wohnhäuser zwangsweise abgerissen werden sollten. Die Polizei versuchte mit 20 Beamten den Abriss gewaltsam durchzusetzen. In den Auseinandersetzungen wurden 20 Einwohner und fünf Polizisten verletzt, 15 Personen wurden festgenommen und des Landfriedensbruchs angeklagt. (Information Centre for Human Rights and Democracy, Hongkong, nach SWB, 28.6.00)

Am 26. Juni besetzten 300 Einwohner eine zentrale Straßenkreuzung in Xi'an, der Provinzhauptstadt von Shaanxi, und brachten dort den Autoverkehr zum Erliegen. Ihr Protest richtete sich gegen die Stadtverwaltung: Nachdem ihre Häuser bereits vor acht Jahren wegen eines Bauprojektes abgerissen worden sein sollen, wurden sie offenbar nur provisorisch untergebracht und warten seither auf die Zuweisung neuer Wohnungen. Die Polizei hielt sich zurück. (Ebenda)

Einen Tag später blockierten Demonstranten in der mittelchinesischen Stadt Luoyang den Straßenverkehr. Hintergrund soll ein Plan der Regierung (Stadtverwaltung?) gewesen sein, für ein Straßenbauprojekt Land zu konfiszieren. Eine Internetnachricht brachte den Vorfall mit Moslems in Zusammenhang: das konfiszierte oder zu konfiszierende Land gehöre zu einer Moschee, und die angebotene Entschädigung sei, statt ausbezahlt zu werden, in die Taschen von Beamten gewandert. (SCMP, 28.6.00)

Bereits seit längerem waren in Beijing fast täglich Kundgebungen von Bewohnern zu verzeichnen, deren Wohnhäuser Bauprojekten weichen sollen. Empört über die Behandlung durch die Behörden, blockierten die Protestierer auch hier eine Kreuzung, wo-

bei sich die Polizei zurückhielt. (NZZ, 20.6.00)

In fast allen älteren Stadtzentren werden seit Jahren im großem Maße alte Wohnbauten abgerissen, um Platz für große neue Geschäftshäuser, Straßenverbreiterungen und Stadtautobahnen zu schaffen. Sofern die Betroffenen moderne Wohnungen mit Bad und Toilette angeboten bekamen, gingen die Umsiedlungen gewöhnlich ohne größere Auseinandersetzungen vonstatten. Die Protestbereitschaft ist aber in der Bevölkerung inzwischen generell gewachsen, da der chinesische Staat seinen Bürgern immer mehr an Lasten zu Mutet. Vor allem spitzt sich das Problem durch die immer weiter um sich greifende Korruption zu, da sie die Effektivität staatlicher Maßnahmen untergräbt oder gar ins Gegenteil pervertiert. Wenn es um den Abriss von Häusern ging, saß der Staat aber bislang immer noch am längeren Hebel. Die Leichtfertigkeit, mit der auf unteren Verwaltungsebenen soziale Spannungen und Unruhen provoziert werden, sorgt an der Spitze allerdings für große Besorgnis. Immer wieder kommen aus Beijing dringende Warnungen, wonach die örtlichen Regierungen der Wahrung der sozialen Stabilität höchste Priorität einzuräumen haben. (SCMP, 28.6.00) -hws-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

21 Schlüsselrolle der Akademien

Vom 5. bis 9. Juni 2000 fand in Beijing die alle zwei Jahre veranstaltete große Wissenschaftskonferenz der beiden großen naturwissenschaftlichen und technischen Akademien statt, der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und der Chinesischen Akademie der Ingenieurwissenschaften. Teilnehmer waren rund 1.050 Akademiemitglieder beider Akademien (die Akademie der Wissenschaften zählt insgesamt 625 Akademiemitglieder (*yuanshi*), die der Ingenieurwissenschaften 544). (Vgl. GMRB, 10.6.00) Die Akademie der Wissenschaften, seit 1949 die Nachfolgerin

der 1928 gegründeten Academia Sinica, umfasst heute gut 120 Institute. Die Akademie der Ingenieurwissenschaften wurde erst 1994 gegründet und ist die zentrale Forschungsinstitution für alle technischen Wissenschaften.

Auf der Konferenz wurde von Politikern wie Wissenschaftlern die herausragende Bedeutung beider Akademien für die Modernisierung Chinas allgemein und für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik im Besonderen betont. Jiang Zemin, der am Eröffnungstag zu den Konferenzteilnehmern sprach (vgl. den Abdruck der Rede in RMRB, GMRB, 7.6.00), wies auf die wissenschaftlich-technischen Leistungen Chinas im 20. Jahrhundert hin und rief die Wissenschaftler Chinas auf, wissenschaftliche Probleme, die für Chinas wirtschaftliche, wissenschaftliche und militärische Entwicklung von strategischer Bedeutung seien, in Angriff zu nehmen und Wissenschaft und Technik zu neuen Gipfeln zu führen. Dabei nannte er ausdrücklich die für die moderne Wissenschaft repräsentativen Informations- und Biowissenschaften. Das Schicksal eines Landes, so seine Überzeugung, hänge vom Stand der Wissenschaft und Technik des betr. Landes ab. Ferner appellierte er an die Wissenschaftler, sich um die Innovation des Wissens zu bemühen, innovative wissenschaftliche und technische Leistungen zu erbringen und diese schnellstmöglich produktiv umzusetzen. Ähnlich äußerten sich Ministerpräsident Zhu Rongji und sein Stellvertreter Li Lanqing (GMRB, 8.6.00, S. 1 bzw. 10.6.00, S. 1).

Ein zentrales Thema auf der Konferenz war die Selbsteinschätzung der Akademien als wichtigste Beratungsgremien der Regierung in Bezug auf Wissenschaft und Technik. So hob Lu Yongxiang, der Präsident der Akademie der Wissenschaften, hervor, die Akademie verfolge das Ziel, nicht nur zum „wissenschaftlichen Schatzhaus des Staates“, sondern auch zum höchsten Beratungsgremium des Staates für Wissenschaft und Technik zu werden. Man werde die Zentralregierung in allen wichtigen Entscheidungen beraten, denn heute sei es in Bezug auf die gesellschaftliche Entwicklung unumgänglich, die Stimme der Wissenschaft zu hören. Song Jian, der Präsi-

dent der Akademie der Ingenieurwissenschaften, sicherte zu, dass sich seine Akademie aktiv dem Aufbau Westwidmen werde, indem sie Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung, der natürlichen Ressourcen und der Umwelt aufgreife. (Vgl. GMRB, 6.6.00, S. A2)

Die Akademie der Wissenschaften hat in den vergangenen beiden Jahrzehnten umfangreiche Reformen durchgeführt, die allerdings noch nicht abgeschlossen sind. Sie betreffen insbesondere die Abschaffung lebenslanger Planstellen und die Einführung befristeter Wissenschaftlerstellen, damit verbunden eine Reduzierung des Personals, ferner die Einführung neuer Finanzierungsmethoden, d.h. einerseits Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen, die anwendungsorientierte Forschung finanzieren, und andererseits Bewerbung um Forschungsmittel aus der Staatlichen naturwissenschaftlichen Stiftung für Grundlagenforschung. Da den Hochschulen im Rahmen der Hochschulreform auch wieder Forschungsaufgaben zukommen, stehen die Akademien nicht mehr konkurrenzlos da, sondern müssen sich gegenüber der teilweise hochqualifizierten Forschung an den Universitäten behaupten. Dennoch gelten die Akademien nach wie vor als zentrale staatliche Forschungseinrichtungen, namentlich die Akademie der Wissenschaften. Nicht umsonst wurde sie vor zwei Jahren zum experimentellen Schwerpunkt für die Innovation des Wissens bestimmt (vgl. dazu C.a., 1998/10, Ü 8). -st-

22 Fortschritte bei Innovationsprogramm an Akademie der Wissenschaften

Das im Jahre 1998 begonnene staatliche Programm für die Innovation des Wissens, in dessen Rahmen die Akademie der Wissenschaften zur Schwerpunktinstitution bestimmt wurde, hat in den zwei Jahren seines Bestehens bereits große Erfolge erzielt. Es handelt sich um ein sehr ehrgeiziges Projekt, mit dem sich China im 21. Jahrhundert als eine der führenden Wissenschaftsnationen etablieren will und in das die Regierung mehrere Milliarden Yuan investiert. Die Akademie der Wissenschaften zog kürzlich Bi-